

Dresdner Nachrichten

Schlagbaum
Gegründet 1856

Zustandsh. Nachrichten Dresden
Bismarck-Platz Nr. 50/51
Redaktion: W. 1, Postfach 84/85

Abend-Ausgabe bei 100% zweifacher Auflage monatlich 2.20 RM. (einschl. d. 70 Pf. für Portofree), nach 1. u. 2. Abgabe 1.20 RM. einwärts 1.00 RM. (einschl. d. 70 Pf. für Portofree).
1 mal wöchentlich bei 100% zweifacher Auflage monatlich 2.20 RM. (einschl. d. 70 Pf. für Portofree), nach 1. u. 2. Abgabe 1.20 RM. einwärts 1.00 RM. (einschl. d. 70 Pf. für Portofree).
Die einwärtige 30 mm breite Seite 25 Wg., für außen 40 Wg., die 20 mm breite Belegseite 300 Wg., außer 250 Wg.
Abg. 1. wöchentlich 2. Xentl. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg., außer 10 Wg. Offertengebilde 20 Wg. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Rudolf & Moritz, Dresden, Bismarck-Platz, 100% Dreifach
Nachdruck nur mit beidseitiger Genehmigung
(Zitieren, Nachdruck) ist zulässig. Unterdrückung
Schuldrucks werden nicht aufberechnet

Die Regierung bleibt beim alten Kurs Verbreiterung der Basis in Erwägung gezogen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Nov. In der Wilhelmstraße wird zu den gestrigen Reichstagswahlen erklärt, die Reichsregierung lege keine Veranlassung, von ihrem jetzigen Kurs abzuweichen. Es werde Sache der Parteien sein, ob der Reichstag in der Lage sein würde, positive Arbeit zu leisten.

In Erwägung zu stehen sei, ob die Basis des Reichstagsvertrages zu erweitern wäre. Allerdings dürfe dadurch der Präzedenzfall, und autoritative Grundcharakter des Reichstagsvertrages nicht beeinträchtigt werden.

In ununterrichteten Kreisen nimmt man nun an, daß der Reichspräsident in dieser Woche noch keine Initiative ergreifen wird. Man rechnet mit einem Empfang der einzelnen Parteiführer für Anfang nächster Woche. Der Reichstagsleiter selbst wird sich noch im Laufe des Montag in einem Interview zum Wahlergebnis äußern. Vermutlich wird er am Montag nachmittag vom Reichspräsidenten zum Vortrag empfangen werden. Allgemein

nimmt man an, daß der Reichspräsident keinen Wert darauf legt, nun noch weitere Neuwahlen vorkommen lassen zu lassen. Es wird aus seiner Umgebung berichtet, daß er sich schon zu dem gestrigen Wahlgang nur unter Überwindung großer Bedenken habe einschließen können, letztlich sich aber zur Ausschreibung von Neuwahlen bereitgefunden habe, weil die Verfassung es vorschreibt. Da aber auch jetzt kein arbeitsfähiger Reichstag zustande gekommen ist, so wird der Reichspräsident sehr bald vor die Gewissensfrage gestellt sein, ob Neuwahlen vor Volk und Staat zunächst überhaupt noch verantwortet werden können. Ob diese Ausschüsse auf die Parteien ernüchternd wirken, so daß sie sich schließlich doch auf irgendeiner Basis

zu einer positiven Arbeitssituation zusammenfinden, bleibt abzuwarten. Man erklärt in Regierungskreisen, Ditters heutiger Aufruf habe die Tür zu den Führerkreisen des Reiches angeklappen, ohne daß er abgewartet habe, welche Schritte die Reichsregierung mit dem Ziele der Einbeziehung des Nationalsozialismus in die Regierungsgewalt zu unternehmen gedenkt.

Reichstagszusammentritt am 6. Dezember?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Nov. Der neugewählte Reichstag muß nach den Bestimmungen der Verfassung binnen 30 Tagen zusammentreten. Da nicht anzunehmen ist, daß man den Zusammentritt besonders beschleunigen wird, rechnet man, wie die „Wanderhalle“ erklärt, in politischen Kreisen damit, daß die erste Sitzung des neugewählten Reichstages am Dienstag, dem 6. Dezember, stattfindet. Diese Eröffnungssitzung wird, wie immer, nur die Konstituierung des Reichsparlamentes bringen. Erst am zweiten Tage wird das Präsidium gewählt werden.

Deutschnationalen andererseits müsse auf alle Fälle abgewartet werden, damit die nationale Regierung arbeiten könne, die, vom Vertrauen des Volkes getragen, die drängenden Aufgaben der Gegenwart zu meistern vermöge. Wir glauben, daß auch im nationalsozialistischen Lager die breiten Massen doch der Meinung sind, daß jetzt die agitatorische Periode der Bewegung abgeschlossen sein kann und führende Persönlichkeiten der NSDAP, in der praktischen Regierungsarbeit die Hoffnungen ihrer Anhänger verwirklichen sollen.

Berlin, 7. Nov. Am Montagvormittag erhielt der Reichspräsident durch seinen Staatssekretär Bericht über den Ausgang der gestrigen Reichstagswahlen, deren vorläufiges amtliches Ergebnis jetzt vorliegt. Aus der vorläufigen endgültigen Errechnung der Mandate bestätigt sich der schon in der Nacht zum Montag vorherrschende Eindruck, daß in diesem Reichstag praktisch eine Koalition aus Sozialisten nicht gehen würde. Eine Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten reicht auch dann nicht aus, wenn die Bauernische Volkspartei mitzählen sollte und wenn, was nicht als wahrscheinlich gelten kann, der Christlichsozialen Volksdienst seine fünf Mandate mit zur Verfügung stellen würde. Die einzige alternative Mehrheit des neuen Reichstages ist nur theoretischer Natur, da Nationalsozialisten und Kommunisten niemals eine Regierungsbasis bilden könnten.

Sehr weinerlich ist der Kommentar, den der sozialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlicht, wobei ihm der Rückgang der Ditterschimmen nur ein geringer Trost sein kann. Das Blatt meint, die SPD. müsse sich jetzt mit Nachdruck mit der Frage beschäftigen, wie sie ihre alte Stellung als stärkste Partei wiederherstellen könne. Im Hinblick auf die Zunahme der kommunistischen Stimmen meint das sozialdemokratische Zentralorgan, daß mit dem wachsenden Anlauf auch die Verantwortung der SPD. für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse wachse. Es wäre jedoch sinnlos, aus ihrer Stimmenzunahme das unmittelbare bevorstehende der kommunistischen Weltrevolution zu prophezeien. Dieser habe am 31. Juli mehr als doppelt soviel Anhänger als die SPD. jetzt gehabt. Er verfolge über starke Verbindungen bis in die Staatsstuben und in die bewaffnete Macht und hätte dennoch die angekündigte faschistische Revolution nicht machen können.

In Regierungskreisen ist man deshalb der Auffassung, daß sich zwar das innerpolitische Bild in erheblichem Umfange verändert habe, daß aber angesichts der Arbeitsunfähigkeit auch des neuen Parlamentes die Fortsetzung des bisherigen Kurses nicht zu umgehen sei.

Das Presseecho steht naturgemäß zunächst vollständig unter den Überraschungen des gestrigen Tages. Ein klares Bild nach der positiven Seite beginnt erst langsam zu entstehen. Soweit die deutschnationale Presse in Frage kommt, hat diese das Ergebnis der gestrigen Wahl, insbesondere den 2 Millionen betragenden Stimmenverlust der Nationalsozialisten, mit großem Takt behandelt.

Berlin, 7. November. Das Nachrichtenbüro des SPD. hat durch eine Umfrage bei den Parteien eine erste Stellungnahme zum Ergebnis der Reichstagswahl ermittelt, wobei jedoch zu beachten ist, daß durchweg die beschließenden Parteikomitees erst nach einiger Zeit, wahrscheinlich erst in der kommenden Woche, zusammentreten werden. In nationalsozialistischen Kreisen wurde dem Nachrichtenbüro erklärt, daß eine offizielle Stellungnahme der Münchner Parteizentrale bevorstehe. Schon jetzt könne man aber darauf hinweisen, daß nach dem Ergebnis dieser Reichstagswahl die NSDAP. berechtigt sei, weiterhin ihren Anspruch auf Führung der Reichsregierung zu vertreten. Dabei sei die Frage von nicht so großer Aktualität, ob die NSDAP. an Stelle Adolf Ditters Gregor Strasser als Nachfolger von Papen vorkommen solle. Es sei noch hervorzuheben,

Ditler lehnt Kompromisse ab

München, 7. Nov. Adolf Dittler erklärt einen Aufruf, in dem es heißt: „Der schwerste Kampf der Geschichte unserer Partei liegt hinter uns. Ein gewaltiger Angriff gegen die Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes ist abgewiesen. Die Regierung von Papen hat trotz ungeheurer Versprechungen, trotz Anwendung aller denkbaren Mittel, trotz des Einsatzes der größten Propagandamittel seit der gesamten Presse, des Rundfunks, trotz Zeitungsaussagen usw. eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verordnete deutschnationale Volkspartei und deren Anhang umfassen keine 10 v. H. des deutschen Volkes. 90 v. H. lehnen sie ab. Für uns ist der Sinn des Ausganges dieser Wahl klar: Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Verrückung, feinerlei Kompromisse.“

Die nächsten Wochen und Monate werden dabei unser bester Bundesgenosse sein. Sie werden nicht nur durch die gesteigerte wirtschaftliche Not die Einsicht unseres Volkes vertiefen, sondern auch die Erkenntnis vertiefen, daß unsere nationalsozialistische Warnung, daß das Regiment v. Papen und die dadurch neubelebten bürgerlichen Parteien in Deutschland immer mehr dem Volkswillens entgegenstehen, richtig ist. Schon diese Wahl hat es bewiesen. Nur dieser Dogenberg-Papenschen Reaktion ist es anzuschreiben, daß nunmehr in den Deutschen Reichstag zum erstenmal hundert Volkswillens einziehen. Ich lege damit die Parole für die Haltung der Partei genau so eindeutig fest, wie nach dem ersten Reichspräsidentenwahlkampf. Sie heißt: Rücksichtslos für die Fortführung des Kampfes bis zur Niederbringung dieser teils offenen, teils getarnten Gegner einer wirklichen Wiederaufrichtung unseres Volkes. Feinerlei Kompromisse und kein Gebanke an irgendeine Verhandlung mit diesen Elementen! Ich treffe für die Weiterführung des Kampfes daher folgende Anordnungen: 1. Alle organisierten Gruppen und Parteien der Partei treten sofort zurück gegenüber der Aufgabe der äußersten Verwirklichung unserer Propaganda. 2. Sämtliche Parteifunktionen treffen sofort ihre Maßnahmen zur Einleitung des neuen Propagandakampfes. 3. Alle dieses Regiments und die es bedenkenden Parteien nicht bis zur Vernichtung geschlagen sind, gibt es kein Verhandeln! — Die neuen Ausführendenbestimmungen für die Durchführung dieser Anordnungen gebe ich noch in dieser Woche hinaus.“

Dogenbergs Dank

Berlin, 7. Nov. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Dogenberg veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: „Unbeirrbares Festhalten an dem für richtig erkannten politischen Ziel und opferbereiter Einsatz aller Gliederungen der Partei, insbesondere auch der in den Kampfgruppen organisierten Jugend haben der deutschnationalen Volkspartei einen überzeugenden Sieg gebracht. Die schwarzbraune Mehrheit im Reichstag ist beseitigt. Damit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Durchführung des von uns in Volk und Parlament vertretenen Kurses geschaffen. Dank und Anerkennung spreche ich allen Kämpfern der deutschnationalen Bewegung aus, die sich unter Einsatz ihrer Person gegen Terror und Lüge durchgesetzt haben. Der Kampf geht weiter. Heil Deutschland!“

Wie sich freilich die Nationalsozialisten dazu verhalten werden, läßt sich noch nicht überblicken. Die Verluste der Nationalsozialisten sind, soweit sie nicht den bürgerlichen Reichsparteien zugute gekommen sind, auf das Konto der angewachsenen Nichtwählerklasse zu buchen. Der nationalsozialistische „Angriff“ fordert in erster Linie Papens Rücktritt und erklärt, die Nationalsozialisten seien entschlossen, für ihr Ziel mit unverminderter Energie weiterzukämpfen und, komme was kommen mag, trotz allem das Jahr 1932 noch zum Jahr der großen Entscheidung zu machen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ legt sich wieder nachdrücklich für eine große Reichskonföderation der nationalen Parteien ein, in die sie auch Zentrum und Bauernische Volkspartei einbezogen wissen will. Eine wichtige Frage, so erklärt das Blatt, werde sein, ob Dittler diesmal wieder, was er aus parlamentarischen Regeln das Recht hätte, den Anspruch auf den Kanzlerposten erhebe. Es scheint an der Zeit, die Regierungsbeteiligung durch Nationalsozialisten nun endlich und endgültig durchzuführen und ihnen den ihrer Stärke entsprechenden Einfluß zu gewähren.

das unter den gewählten Nationalsozialisten sich auch der greise General Rymann befindet, der vermutlich als Alterspräsident den neuen Reichstag eröffnen werde.

In Kreisen der deutschnationalen Volkspartei wird hervorgehoben, daß diese Partei mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden sei. Von politischem Wert für die deutschnationalen sei besonders, daß eine „schwarzbraune Koalitionsmehrheit“ jetzt nicht mehr möglich sei. In dem Wahlergebnis zeigt sich nach deutschnationaler Auffassung zugleich ein moralischer Erfolg für die Regierung v. Papen. Politische Folgerungen könne man zur Zeit aus dem Wahlergebnis noch nicht ziehen, weil sich die Konsequenzen bisher noch nicht übersehen ließen.

Beim Christl.-soz. Volksdienstoff wird erklärt, daß diese Bewegung jetzt endgültig fünf Mandate angesprochen erhalten habe und daß sie außerordentlich bedrückt sei mit einem Stimmengewinn von 10 Prozent,

Die Wahlbilanz der Parteien

der in der Spitze sogar 30 Prozent betrage. Nach Meinung des Volksdienstoffes müsse auf Grund des Wahlergebnisses das Kabinett v. Papen seine politische Liquidieren. Auch im neuen Reichstag sei es möglich, mit Hilfe der kleineren Gruppen eine positive Mehrheit zu bilden, zumal man annehmen könne, daß die Nationalsozialisten nun in ihren Forderungen etwas zurückhaltender sein würden.

Von sozialdemokratischen Parlamentarierern wird zum Ausdruck gebracht, daß die SPD. insofern mit dem Wahlergebnis zufrieden sei, als sie mit härteren Verlusten an die Kommunisten gerechnet hätte. Politisch würden wohl jetzt Versuche einsehen, deutschnationale, Nationalsozialisten und Zentrum unter einem Hut zu bringen, wobei vermutlich weniger der Gedanke einer parlamentarischen Koalition eine Rolle spielen werde, als der der Bildung oder Zirkulation eines Kabinetts, das nicht Kabinett v. Papen zu heißen brauche. Man müsse abwarten, ob der Versuch eines Kabinetts v. Schleicher-Gregor-Strasser gemacht werde.

Die NSDAP. zum Wahlergebnis

München, 7. Nov. Die Reichspressestelle der Nationalsozialisten zum Wahlergebnis schreibt, habe die Wahl das von der Regierung erwartete Ergebnis, die Nationalsozialisten in ihren Grundfesten zu erschüttern, nicht gebracht. Die NSDAP. habe ihre Feuerprobe glänzend bestanden und damit endgültig bewiesen, daß sie als der entscheidende Machtfaktor aus dem politischen Leben Deutschlands nicht mehr ausgeschaltet werden könne. Der vom Jaun gebröckelnde Wahlkampf habe, hat den Nationalsozialismus zu treffen, nur den einen Erfolg zu verzeichnen, dem Volkswillens in Deutschland zu einer Stärke verholfen zu haben wie nie zuvor. Die NSDAP. werde Deutschland vor dem Volkswillens zu bewahren wissen.